

Gemeinde Weingarten/Baden
Herrn Bürgermeister
Eric Bänziger
Marktplatz 2
76356 Weingarten

Im Namen der Antragsteller:

Timo Martin
Nelkenweg 3
76356 Weingarten

E-Mail: t.martin@wbb-weingarten.de

18.01.2025

Antrag auf Ausschreibung der Verpachtung gemeindeeigener Flächen im Vorranggebiet Windenergie

Sehr geehrter Herr Bänziger,

angesichts der massiven und voraussichtlich dauerhaften Erhöhung der Kreisumlage sowie der langfristigen Finanzierungsverpflichtungen im Zusammenhang mit dem rund 50 bis 70 Mio. € teuren Neubau der Turmbergschule muss der Ergebnishaushalt nach Aussage der Verwaltung mittelfristig im Durchschnitt 3 Millionen Euro an Erträgen zusätzlich erwirtschaften.

Es gibt auf kommunaler Ebene nur sehr wenige Stellschrauben, um zusätzliche Erträge zu generieren – viele davon, insbesondere im Bereich der Gebührenanpassungen, sind bereits ausgereizt. Übrig bleiben neben weiteren Einsparungen, die mit schmerzlichen Leistungskürzungen verbunden sind, entweder umfassende Gebührenerhöhungen oder eine deutliche Anhebung der Grundsteuer, wie sie von der Verwaltung bereits mehrfach öffentlich erwähnt wurde.

Beides erachten die Antragsteller jedoch als unzumutbar für die Einwohnerschaft, zumal unsere Gemeinde im Vergleich zu den Umlandgemeinden vielfach bereits im oberen Drittel der Belastungen rangiert. Aus Sorge um die zukünftige Haushaltslage, die Leistungsfähigkeit der Kommune und die Erfüllung unserer gesetzlichen Pflichtaufgaben halten wir es für notwendig, die benötigten Mehreinnahmen im Energiesektor zu erwirtschaften, als eine der wenigen verbleibenden Möglichkeiten zur Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit.

Daher bitten die Antragsteller um folgende Beschlussfassung:

Die Gemeinde Weingarten schreibt die Verpachtung der gemeindeeigenen Flächen im Vorranggebiet Windenergie aus, mit dem Ziel, in Summe aus den Teilerlösen nachhaltig jährlich mindestens eine Million Euro zu erzielen.

Ferner sollen die Anbieter sämtliche Beteiligungsmodelle für die Kommune sowie für Bürgerinnen und Bürger präsentieren und ein Konzept für einen 'Bürgerstrombonus' zur Nutzung von günstigem, vor Ort erzeugtem Grünstrom vorlegen. Zusätzlich sollen in der Ausschreibung weitere Kriterien berücksichtigt werden, wie etwa Sicherheitsgarantien im Hinblick auf einen Rückbau der Anlagen.

Diese und weitere Details können vorab noch im Verwaltungsausschuss thematisiert werden.

Antragsbegründung:

Die angestrebte Summe erscheint angesichts der vorliegenden Angebote, der gesetzlichen Rahmenbedingungen, Internetrecherchen sowie der bereits erzielten Preise in Baden-Württemberg realistisch und gerechtfertigt. Die Teilerlöse setzen sich unter anderem aus den sechsstelligen Pachteinnahmen, der gesetzlich festgelegten Kommunalabgabe für Standortgemeinden (aktuell 0,2 ct pro erzeugter Kilowattstunde) und der prognostizierten Gewerbesteuer zusammen.

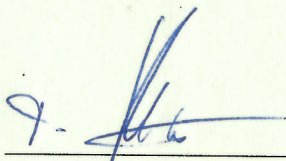
Zur eigentlichen Debatte über Pro und Contra der Windenergie weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass in den vergangenen sieben Jahren alle relevanten Aspekte umfassend geprüft und abgearbeitet wurden, sodass im Wesentlichen keine offenen Fragen mehr bestehen. Dazu gehören unter anderem der Natur- und Artenschutz, Eingriffe in die Landschaft sowie erforderliche Ausgleichmaßnahmen, aber auch physikalische, geologische und meteorologische Gesichtspunkte. In diesem Zusammenhang kommen beide Naturschutzgutachten – das des bisherigen Projektierers EnBW und das von der Initiative "Gegenwind" – zu ähnlichen Feststellungen und kommen als gemeinsames Ergebnis zu dem Schluss, dass eine Genehmigungsfähigkeit der Windkraftprojekte gegeben ist. Zuletzt hatten alle Fraktionen rund zehn Monate Gelegenheit, letzte offene Fragen und prüfenswerte Punkte an die Verwaltung zu richten. Auch diese Themen wurden in der Zwischenzeit vollumfänglich

abgearbeitet und dem Gremium zur Verfügung gestellt. Damit sollten alle relevanten Fragestellungen abschließend geklärt sein. Selbstverständlich verbleiben bei einem so hochemotionalen Thema viele Bewertungen weiterhin auf der subjektiven Ebene.

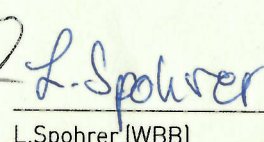
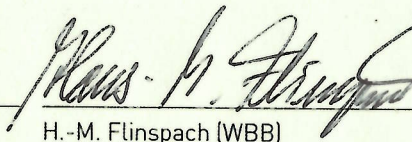
Aus Sicht der Antragsteller fehlt bislang ein entscheidender Punkt:

Die öffentliche Beratung und eine umfassende Diskussion sowie eine abschließende Beschlussfassung über die finanziellen Perspektiven der Flächenverpachtung für Windenergie.

Angesichts des geplanten mittelfristigen kommunalen Investitionsvolumens von über 100 Mio. Euro sowie der angespannten Haushaltslage halten die Antragsteller es für unerlässlich, die Einwohnerschaft vor einer endgültigen Entscheidung transparent über die potenziellen Einnahmen sowie die damit verbundenen Chancen und möglichen Belastungen zu informieren. Zudem ist zu berücksichtigen, dass in wenigen Jahren die jahrzehntelang verlässlichen, sechsstelligen Kiespacht-Einnahmen wegfallen werden, da eine Erweiterung des Baggersees politisch mehrheitlich nicht gewünscht ist. Die langfristigen Auswirkungen dieser Entscheidung müssen offen kommuniziert werden – sowohl im Falle einer positiven als auch einer ablehnenden Entscheidung, da beide Varianten unterschiedliche Auswirkungen auf die künftige finanzielle Belastung der Bürgerinnen und Bürger haben.

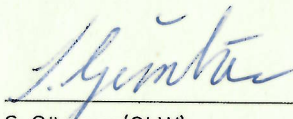


T. Martin (WBB)

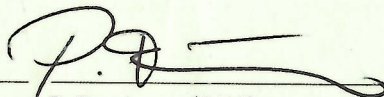


H.-M. Flinspach (WBB)

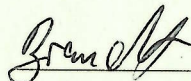
L. Spohrer (WBB)



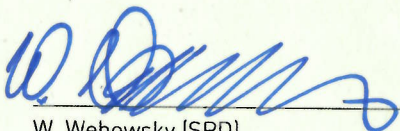
S. Güntner (GLW)



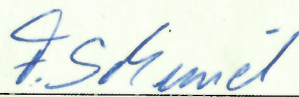
P. Frankrone (GLW)



Dr. Nico Brandt (GLW)



W. Wehowsky (SPD)



F. Schmid (SPD)



Axel Goerke (SPD)